



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BERLIN ZUR HAUPTSTADT DER KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG ENTWICKELN

27.05.2008 Fachinformation

BBU: Klimaschutz muss wirtschaftlich sein Berlin – "Die Klimaschutzdebatte muss als Nachhaltigkeitsdebatte geführt werden. Wirtschaftlichkeitsaspekte dürfen dabei nicht außer Acht gelassen werden. Sonst wird Klimaschutz unbezahlbar." Das sagte Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), anlässlich des heute vorgestellten Klima-Aktionsplans von Bündnis 90 / Die Grünen. Die Forderung nach verstärktem Einsatz erneuerbarer Energien vernachlässige Kostenaspekte für Mieter und Vermieter. Burkardt: "Statt massiv auf teure erneuerbare Energien zu setzen, sollte eher mit Anreizsystemen und dem Abbau von Hemmnissen auf schon bewährte Mittel gesetzt werden." Das Beispiel der Wohnungswirtschaft zeige, dass sich mit der Optimierung bestehender Heizungsanlagen, der Umstellung auf Fernwärme, der Verbesserung von Dämmungen und dem Einbau neuer Fenster oft gute Erfolge zu wirtschaftlich tragbaren Kosten erzielen ließen. Gut 99 Prozent der Einsparung von über 600.000 Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr seit 1991 hätten die Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen durch solche konventionellen Maßnahmen erreicht. Hier gebe es noch Potenziale. Denkbar sei beispielsweise ein weiterer Ausbau der klima- und preisgünstigen Kraft-Wärme-Kopplung (Nah- und Fernwärme). "Das wäre wesentlich günstiger, als Berlin für viel Geld zur ‚Hauptstadt der neuen Energien‘ machen zu wollen." Der Einsatz erneuerbarer Energie sei sehr teuer und trage nur begrenzt zum Klimaschutz bei. Hohe Kosten entstünden nicht nur bei der Installation neuer Anlagen, sondern auch bei ihrer Wartung. Das gelte insbesondere für bereits stehende Gebäude. Die Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien müssten hier zusätzlich zu den bereits eingesetzten herkömmlichen Heizanlagen eingebaut und mit diesen gekoppelt werden. Das sei oft sehr kompliziert und teuer, ohne dass dadurch eine wesentliche Verbesserung der Energieversorgungssicherheit erzielt würde. "Bei Wohngebäuden landen diese Kosten letztlich immer bei Eigentümern und Mietern. Bei Klimaschutzvorschlägen muss deshalb das Kosten-Nutzen-Verhältnis immer im Blick behalten werden", so Burkardt. Am besten gelinge dies mit einer Kombination aus der Vereinbarung von Einsparungszielen, dem Abbau von Hemmnissen und der Fortentwicklung von Anreizsystemen. Dadurch werde ein Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen die Unternehmen nach den wirtschaftlichsten Lösungen suchen könnten. Burkardt: "Die Berliner Wohnungsunternehmen haben auf diese Weise seit 1991 die CO₂-Emissionen ihrer Bestände vergleichsweise kostengünstig um rund 30 Prozent reduziert." Das Klimaschutzabkommen, das Senat und BBU im Dezember 2007 abgeschlossen haben, weise den richtigen Weg. Darin verpflichten sich die BBU-Mitgliedsunternehmen bis 2010 zur Einsparung von weiteren 106.000 Tonnen CO₂ pro Jahr. Unter dem Dach des BBU sind 363 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

<https://bbu.de/beitraege/berlin-zur-hauptstadt-der-kraft-waerme-kopplung-entwickeln>